

Medienmitteilung

2. März 2010

Thema	11. AHV Revision
Für Rückfragen	Nationalrat Thomas Weibel mob.: 078 602 13 57
Absender	Grünliberale Schweiz email : schweiz@grunliberale.ch Website : www.grunliberale.ch
Datum	2. März. 2010

Scherbenhaufen trotz grünliberalem Kompromissvorschlag

Die Grünliberalen sind enttäuscht, dass der Kompromissvorschlag von Nationalrat Weibel, je die Hälfte der durch die Revision eingesparten Gelder zur Stabilisierung der AHV und zur Flexibilisierung des Rentenalters einzusetzen keine Mehrheit gefunden hat. Sie hoffen, dass der Ständerat die grünliberalen Argumente aufnimmt und die Vorlage entsprechend nachbessert. Sollte ein Kompromiss nicht möglich sein, werden die Grünliberalen im Interesse der langfristigen Sicherung der AHV die Vorlage mit jährlichen Einsparungen von über 800 Mio Franken ohne flankierende Massnahmen mittragen.

Die 11. AHV-Revision enthält Herzstücke. Einerseits soll das Frauenrentenalter demjenigen der Männer angepasst und somit auf 65 Jahre erhöht werden. Andererseits soll gemäss Ständerat die Flexibilisierung des Rentenalters mit 400 Millionen Franken abgedeckt werden. Die Grünliberalen sind offen für einen solchen Kompromiss zwischen finanzieller Stärkung der AHV und Leistungen zur Abfederung der Flexibilisierung und stehen daher zum Grundkonzept des Ständerates. Es entspricht einem vom grünliberalen Nationalrat Weibel letztes Jahr in der Debatte eingebrachten Kompromissantrag, um die Vorlage eher mehrheitsfähig zu machen. In der Meinung, die Exportierbarkeit der so flexibilisierten Renten verhindern zu können, legte der Ständerat fest, dass die dazu notwendigen Mittel dem Bundshaushalt entnommen werden. Diese Finanzierung aus Steuermitteln kommt für die Grünliberalen aber nicht in Frage und ist für den Staatshaushalt nicht verkräftbar. Abklärungen bei den zuständigen Bundesämtern zeigen zudem auf, dass diesem Ansinnen viele internationale Verträge entgegenstehen. In den von der Ständeratsregel betroffenen Ländern beziehen insbesondere Auslandschweizer AHV-Renten. Dies entspricht nicht der eigentlichen Absicht.

Aufgrund dieser Fakten und in Anbetracht der Tatsache, dass der Bundesrat für die Bundeskasse ein milliardenschweres Sanierungspaket schnürt, reichte Nationalrat Weibel einen Antrag ein, den fraglichen Betrag nicht aus Steuergeldern zu zahlen, sondern systemkonform der AHV-Rechnung zu belasten.

Die AHV hat momentan noch kein finanzielles Problem. Das Umlageverfahren funktioniert gut. Verluste wurden nur auf dem Anlagevermögen geschrieben. Deshalb ist zu verantworten, die aus der Vorlage resultierenden Einsparungen von jährlich über 800 Millionen Franken im Sinne eines Kompromisses hälftig je für die Flexibilisierung und für die Verbesserung der AHV-Rechnung einzusetzen.

Dies sehen die Grünliberalen auch als ein Zugeständnis an jene Bevölkerungskreise, welche der Meinung sind, der Erhöhung des Rentenalters der Frauen könne nur bei gleichzeitiger minimaler Flexibilisierung zugestimmt werden. Eine solche Koppelung wurde der Bevölkerung nach der letztengescheiterten Volksabstimmung zur AHV in Aussicht gestellt.

Die Grünliberalen sind enttäuscht, dass der Kompromissvorschlag von Nationalrat Weibel, die vom Ständerat vorgesehene minimale Flexibilisierung aus AHV-Geldern zu finanzieren keine Mehrheit gefunden hat. Zwar obsiegte er zuerst gegen den die ständerätliche Fassung und dann gegen den Verzicht auf jegliche Flexibilisierung. Bei der entscheidenden Abstimmung wollten die bürgerlichen Fraktionen SVP und BVP offenbar das Fuder überladen. Ihre Mitglieder haben sich mehrheitlich der Stimme enthalten, oder gar den Antrag für einen mehrfach höheren Flexibilisierungsbetrag unterstützt. Dass von denselben Parlamentariern und Parlamentarierinnen bei der Ausgabenbremse die notwendigen Finanzmittel verweigert wurden, rundet das Bild ab. Der Artikel wurde somit abgelehnt, der Scherbenhaufen ist perfekt. Die Grünliberalen verurteilen derartige taktische Manöver und setzen darauf, dass der Ständerat die grünliberalen Überlegungen aufnehmen und ihnen folgen wird.

Die Grünliberalen suchen weiterhin den Kompromiss mit Ausgleich zwischen Flexibilisierung und Sanierung. Sollten jedoch die Räte nur eine Lösung von links die AHV oder eine reine Sparvorlage ohne Kompensation als Alternativen belassen, werden die Grünliberalen die Vorlage ohne flankierenden Massnahmen und mit einer Entlastung von ca. 800 Mio. im Interesse der langfristigen Sicherung der AHV mittragen.